

# Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

## Berlin Aktuell

19/2011 – 02.12.2011



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,**

zum Ende der zweiten aufeinanderfolgenden Sitzungswoche im Deutschen Bundestag will ich Ihnen auch heute gerne wieder die aktuelle Ausgabe von „Berlin Aktuell“ zukommen lassen und Ihnen den gewohnten Einblick in die im Plenum getroffenen Entscheidungen und die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik geben.

In der heutigen Ausgabe will ich zunächst auf den Volksentscheid zum Verkehrsprojekt Stuttgart 21 zurückblicken. Zudem werde ich Ihnen das in dieser Woche beschlossene Verbraucherinformationsgesetz vorstellen, das einen überaus wichtiger Schritt zu mehr Transparenz für den Bürger darstellt. Zudem werde ich Ihnen wie gewohnt die weiteren maßgeblichen Gesetzesinitiativen aus dem Plenum erläutern.

Abschließend lade ich Sie auch heute wieder herzlich zu einem Besuch meiner Homepage [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de) ein, wo ich Ihnen wie gewohnt weiterführende und vertiefende Informationen zu den aktuellen politischen Themen zur Verfügung stelle.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und zudem ein gesegnetes Adventswochenende.

Seien Sie herzlich aus Berlin begrüßt

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Stuttgart 21 – Die Grünen sind am Volk gescheitert

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21, vor allem **die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten.** Mit 58,8% stimmte eine sehr **deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt**, während 41,2% sich dagegen aussprachen. **Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen.** Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.



(© dpa)

Der Ausgang des Volksentscheides ist ein ermutigendes Signal und ein guter Tag für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Er macht **deutlich, dass die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen sind.** Die Wirtschaft unseres Landes ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. **Infrastrukturprojekte bedeuten Wohlstand.** Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden, wie die Grünen dies versucht haben, als sie vor der Landtagswahl aus den Protesten parteipolitischen Nutzen zogen und den Stuttgart-21-Gegnern versprachen, im Falle eines Wahlerfolgs den Bau des modernen Tiefbahnhofs zu verhindern.

**Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“, auf die die Grünen in ihrem Protest gegen das Projekt verwiesen, eben nur eines war: „gefühlte“. Die selbsternannten „Sprecher aller Bürger“, so zeigt das Ergebnis, vertreten oftmals nur ihre eigenen Interessen, nicht aber das Gemeinwohl.** Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.

Weitere ausführliche Informationen zum Bau des Verkehrs- und Städtebauprojektes Stuttgart 21 finden Sie insbesondere auf der offiziellen Projektseite [www.bahnprojekt-stuttgart-uhl.de](http://www.bahnprojekt-stuttgart-uhl.de), aber auch auf der Homepage der CDU Baden-Württemberg unter [www.cdu-bw.de](http://www.cdu-bw.de).

## Neues Verbraucherinformationsgesetz ist der richtige Weg



(© dpa)

Durch das in dieser Woche verabschiedete Gesetz zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformationen werden die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zukünftig schneller, kostengünstiger und unbürokratischer Verbraucherinformationen von Behörden erhalten können. Das Gesetz ermöglicht es, zukünftig formlose Anfragen per E-Mail oder Telefon zu stellen. Kosten für die anfragenden Bürger werden dagegen nur bei sehr hohem Arbeitsaufwand der Behörden entstehen.

Zudem wird auch der Anwendungsbereich des Gesetzes ausgeweitet. **Verbraucher werden nun auch Auskünfte über Spielzeug, Haushaltsgeräte und Heimwerker-Artikel einholen können.**

**Mit dem Gesetzentwurf werden außerdem weitere Konsequenzen aus den Dioxinfunden Anfang 2011 gezogen. Es wird eine Veröffentlichungspflicht bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften eingeführt.** Das erhöht die Transparenz und ermöglicht ein schnelleres Handeln im Krisenfall.

Bei dem Gesetz, das auf dem von der Bundesregierung im Jahr 2010 vorgelegten Evaluationsbericht beruht, handelt es sich um **eines der zentralen Vorhaben im Bereich des Verbraucherschutzes in dieser Legislaturperiode.** Die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner hat mit Recht zusammengefasst, dass das **Verbraucherinformationsgesetz ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz für die Bürger und zur Verbesserung der Informationskultur von Behörden** ist.

Weiterführende Informationen über das Verbraucherinformationsgesetz finden Sie auf der diesbezüglich eigens von der Bundesregierung eingerichteten Internetseite unter [www.vig-wirkt.de](http://www.vig-wirkt.de).

## Aktuelles aus dem Plenum

Das in zweiter und dritter Lesung beschlossene **Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes** ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus. **Es ergänzt die im Visumverfahren bereits bestehenden Prüfmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit.**



(© dpa)

In der Datei gespeichert werden Visumantragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber und sonstige Referenzpersonen, die mit Verurteilungen wegen bestimmter Straftaten mit Bezug zum Visumverfahren, sonstigem Auslandsbezug oder konkreten sonstigen rechtswidrigen Verhaltensweisen aufgefallen sind. Beim Bundesverwaltungsamt wird ein Datenabgleichsverfahren durchgeführt, bei dem künftig Daten aus dem Visumverfahren mit bestimmten Daten aus der Antiterrordatei automatisiert abgeglichen werden. Dies ermöglicht eine Rückmeldung durch Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen wollen.



(© dapd)

In zweiter und dritter Lesung haben wir zudem das **Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung** verabschiedet. Ziel des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes ist eine **spürbare Verbesserung der Situation vieler Patienten im Versorgungsalltag. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sichergestellt. Auch Behandlungsabläufe für Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen sollen besser abgestimmt werden.** Der Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird. Darüber hinaus sind Regelungen zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.

Weiterhin haben wir die Fortsetzung von drei Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschlossen. Dabei handelt es sich um den **Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE)**. Der Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat wird inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.



(© dpa)

Zudem wurde die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** beschlossen. Das Mandat wurde unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA** zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina wurde beschlossen. Ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina noch immer kompliziert, die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen. Das Mandat wird unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt.

Weiterführende Informationen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr finden Sie wie gewohnt unter [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de).

Mit dem ebenso verabschiedeten **Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfefonns „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfefonngesetz)** wird ein zentrales Hilfefonns beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet, um **Zugangshindernisse zum bestehenden**



(© dpa)

**Unterstützungssystem, das von Gewalt betroffene Frauen berät und unterstützt, zu beseitigen.**

Das von der hessischen Bundesministerin Dr. Kristina Schröder geführte Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend stellt unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) weitere Informationen zum Hilfefonngesetz bereit.

## Daten und Fakten

**Konjunktur: Optimismus überwiegt.** Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus.

Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals sagten 60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Bei den Exporten rechnen die Unternehmen 2012 mit einem deutlichen Rückgang. So gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. 2012 wollen 30% der Unternehmen mehr investieren, 20% weniger. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)

**Privathaushalte sind ohne Zusatzschulden durch die Krise gekommen.** Die Verschuldung der deutschen Privathaushalte ist während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gestiegen. Der seit rund zehn Jahren anhaltende Trend zu weniger Schulden wurde auch durch die Krise nicht gebrochen. Insgesamt sind die Sparquoten sogar gestiegen. Im Jahr 2009 waren deutlich weniger Haushalte – nämlich 18% – mit Konsumenten- und Immobilienkrediten belastet als während der Dotcom-Krise im Jahr 2000, als es noch circa 20% waren. Auch die niedrigen Zinsen haben die Haushalte nicht dazu veranlasst, mehr Schulden aufzunehmen.

(Quelle: DIW Berlin)

## Sonstiges

In dieser Woche haben rund **50 Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Kreis Offenbach** auf meine Einladung hin eine **Informationsreise nach Berlin** angetreten. Die Gruppe setzte sich hauptsächlich aus engagierten **Ehrenämtlern des FC Teutonia Hausen** und des **Spanischen Elternvereins Obertshausen**, sowie aus **Mitgliedern der CDA-Betriebsgruppe des Frankfurter Flughafens** zusammen.

In vorweihnachtlicher Stimmung erkundeten die Besucher mehrere Tage lang ausgiebig die Bundeshauptstadt und das Regierungsviertel. Dabei standen die **Besichtigung des Plenarsaals, der Glaskuppel und der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes** ebenso auf dem Programm wie ein Treffen mit mir, bei dem ich ausführlich über meine Arbeit im Deutschen Bundestag berichtete. Auch **Informationsgespräche im Bundesrat und im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**, wo aktuelle Sachverhalte wie der Fluglärm thematisiert und diskutiert wurden, boten einen eindrucksvollen Blick hinter die Kulissen der Hauptstadt. Eine **an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt und eine Führung durch die Gedenkstätte Berliner Mauer** waren weitere Höhepunkte der Reise.

Es ist mir immer wieder ein besonderes Anliegen, als gewählter Parlamentarier **Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises einen Besuch unserer Hauptstadt zu ermöglichen**. Die Einblicke in den Regierungsalltag und die Erkundung der historisch wertvollen Kulturschätze Berlins sind für Besucher aus der Heimat immer wieder überaus faszinierend. Dass ich mit der Einladung vor allem ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Freude machen kann ist mir dabei besonders wichtig.



**Impressum**

Peter Wichtel  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – dpa  
Seite 3 – dpa  
Seite 4 – dpa (oben), dapd (unten)  
Seite 5 – dpa (oben und unten)  
Seite 6 – dpa